

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bern, 29. April 2025 / RC  
VL\_EP27

*Elektronischer Versand: ep27@efv.admin.ch*

## **Entlastungspaket 2027** **Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der Bundeshaushalt steht unter Druck. Die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Es sind Gegenmassnahmen nötig, damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Von den knapp 60 Massnahmen, die der Bundesrat vorschlägt, benötigen 36 Massnahmen eine Gesetzesänderung. Diese sind Bestandteil der Vorlage in Form eines Mantelerlasses. Mit dieser Vorlage ergibt sich ein Entlastungsvolumen von 2,7 Milliarden Franken im Jahr 2027 bzw. 3,6 Milliarden Franken im Jahr 2028.

Die FDP.Die Liberalen unterstützt die Zielsetzung, die Bundesfinanzen nachhaltig zu stabilisieren. Die Schuldenbremse darf nicht durch Umgehungslösungen geschwächt werden, sondern muss als Leitplanke einer verantwortungsvollen Finanzpolitik dienen. So begrüsst die FDP die grundsätzliche Stossrichtung des Entlastungspakets 2027, das primär ausgabenseitige Massnahmen umfasst. Die Einnahmen des Bundes sprudeln, womit der Bund kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem hat. Angesichts der stetig steigenden Staatsausgaben ist eine konsequente Ausgabenkontrolle notwendig, um die Schuldenbremse einzuhalten und künftige Steuererhöhungen zu vermeiden. Der Bund muss das Sparpotenzial konsequent ausschöpfen.

Nicht einverstanden ist die FDP hingegen mit der erhöhten Besteuerung von Kapitalbezügen aus den Vorsorgegeldern. Erstens dürfen nicht jene zur Kasse gebeten werden, die ein Leben lang den Wecker gestellt haben, um zur Arbeit zu gehen und aktiv für den eigenen Ruhestand eingespart haben. Zweitens verletzt die Vorsorgesteuer das Prinzip von Treu und Glauben. Wer in den letzten Jahrzehnten aktiv in die 2. oder 3. Säule eingezahlt hat, konnte vom Leichtsinns der heutigen Politikerinnen und Politiker nichts wissen. Drittens, wie bereits erwähnt, hat der Bund ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Der Staat muss das Sparen lernen und darf nicht in das Portemonnaie des Mittelstandes greifen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer